

Niedersachsen verlangt Neuanfang in der Atommüllpolitik

Hannover, 06.04.2013, 11:08 Uhr

GDN - Das Land Niedersachsen will bei den abschließenden Bund-Länder-Gesprächen über ein Gesetz zur Auswahl eines deutschen Atommüllendlagers am kommenden Dienstag nur dann einem Kompromiss zustimmen, "wenn es zu einem echten Neuanfang in der Atommüllpolitik kommt". Das sagte Umweltminister Stefan Wenzel (Grüne) der "Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung" (F.A.S.).

Aus den Fehlern der Vergangenheit müsse gelernt werden. Wenzel hatte mit Ministerpräsident Weil (SPD) und Umweltminister Altmaier (CDU) vor zwei Wochen einen Kompromiss erarbeitet, der am Dienstag mit den Vorsitzenden der Bundestagsfraktionen und den Ministerpräsidenten aller Länder abschließend beraten werden soll. Er sieht vor, dass der Standort Gorleben nicht von vornherein als mögliches Endlager ausgeschlossen wird; jedoch wird die Erkundung gestoppt und eine Enquete-Kommission eingesetzt. "Wir halten Gorleben nach wie vor für ungeeignet und setzen darauf, dass es nach den Beratungen keine Option für ein Endlager ist", sagte Wenzel. Der Gesetzentwurf für das Standortauswahlgesetz, der der F.A.S. vorliegt, sieht ausdrücklich vor, dass die Enquete-Kommission nicht an das Endlagersuchgesetz gebunden ist. "Hält sie Regelungen in diesem Gesetz für nicht angemessen, so wird sie dies in ihrem Bericht darlegen und einen Alternativvorschlag darlegen", heißt es im Entwurf. Wenzel zeigte sich überzeugt, das Ergebnis der Beratungen werde "etliche Maßstäbe verrücken und zeigen, dass die Dimension der Herausforderung bisher verkannt wurde". Sowohl seitens des Bundes als auch mehrerer Länder gibt es nach F.A.S.-Informationen Widerstand gegen eine so starke Stellung der Kommission. Auch die von Niedersachsen verlangten umfassenden Klagemöglichkeiten von Bürgern und Kommunen gegen die Endlagerauswahl treffen auf Vorbehalte, sogar bei Landesregierungen mit grüner Beteiligung. Der Schleswig-Holsteinische Umweltminister Robert Habeck (Grüne) bekräftigte gegenüber der F.A.S., dass sein Land bereit sei, sich solidarisch zu zeigen und einen Teil des im Ausland verbliebenen hochradioaktiven Atommülls im Zwischenlager Brunsbüttel einzulagern, verlangt aber eine "faire Lastenteilung". Niedersachsen ist nicht bereit, künftig noch Castor-Behälter wie bisher in Gorleben zwischenzulagern. "Solidarität bedeutet nicht, einer für alle. Der Blindflug, den Deutschland mit der Nutzung der Atomenergie gestartet hat, muss gemeinsam beendet werden", sagte Habeck der F.A.S. Für die baden-württembergische Landesregierung sagte Umweltminister Franz Untersteller (Grüne) der F.A.S., er finde es selbstverständlich, "dass nach Gorleben keine Atommülltransporte mehr fahren sollen". Das Land gehe ohne Vorfestlegung in die Gespräche am Dienstag. Bei einer Einigung wollen Bund und Länder das Standortauswahlgesetz bis zur Sommerpause in Bundestag und Bundesrat verabschieden und die Mitglieder der Enquete-Kommission einvernehmlich ernennen.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-11333/niedersachsen-verlangt-neuanfang-in-der-atommuellpolitik.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619